

A. Leitantrag an die 2. Tagung des 14. Landesparteitag

A.1. *Nach der Wahl ist vor den Wahlen: Sozialistische Politik für Sachsen*

ÄA.1.24. Änderungsantrag zum Leitantrag

Einreicher*innen: Franziska Fehst, Paul Hösler, Andy Sauer

Der Landesparteitag möge folgende **Ergänzung** zum Absatz Zeile 106-111 beschließen:

Einfügung in Zeile 106 nach "aufweisen" ein:

*„Dafür müssen sowohl in Schul- als auch in Hochschulpolitik konsequente Änderungen erwirkt werden. **Erstens**, ...“*

Einfügung in Zeile 111:

*„Zweitens, **DIE LINKE. Sachsen erarbeitet hochschul- und wissenschaftspolitische Alternativen, die zum Ziel haben, das sächsische Hochschulsystem umzustrukturieren. Sächsische Hochschul- und Wissenschaftspolitik ist von 1990 bis 2017 durch ständigen Stellenabbau geprägt gewesen. Durch den aktuellen Hochschulentwicklungsplan 2025 wurde dieser Trend zwar gestoppt, dennoch verharren die Hochschulen in einem nicht weiter tragbaren Status Quo, welcher zu Lasten aller Mitgliedergruppen geht. Steigende Betreuungsverhältnisse von Studierenden zu Lehrenden mindern die Studienqualität erheblich und prekäre Beschäftigungsverhältnisse von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind immer noch traurige Realität. Frauen und Menschen mit nicht-akademischen Elternhaushalt sind in der steigenden Hierarchie des Hochschulsystems immer noch unterrepräsentiert. Als Grund dafür sehen wir auch die mit dem Studium verbundenen hohen Kosten, die nicht immer mit der Doppelbelastung von Studium und Nebenjob ausgeglichen werden können, gerade bei prekär oder unbezahlten Pflichtpraktika wie Famulaturen im Medizinstudium. Wir stehen daher für eine offene, soziale und demokratische Hochschule ein, die es ernst meint, verkrustete Gremienstrukturen aufzubrechen, Hochschulzugänge zu erleichtern und mehr Freiräume für Studierende zu ermöglichen. Emanzipatorische Konzepte zur Stärkung der Studierenden und des Mittelbaus, die die Umstrukturierung des hegemonialen Lehrstuhlprinzips zum Ziel haben, müssen daher erarbeitet werden.“***

Begründung

Eine radikale Kehrtwende in der Bildungspolitik muss auch im Zusammenhang zur Hochschulpolitik betrachtet werden. Der tertiäre Bildungssektor leidet seither an einer chronischen Unterfinanzierung durch Regierungskonstellationen aus CDU, SPD und FDP. Hochschulpolitik als originäres Kompetenzfeld der Bundesländer muss daher auch innerhalb der Landespartei als essentielles Kernproblem identifiziert und thematisiert werden, um somit im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen 2019 eine Alternative zu den anderen Parteien darbieten zu können. Dies beinhaltet nicht nur das Entstehen für eine höhere Grundfinanzierung der Hochschulen an sich, sondern vielmehr auch das gemeinsame Erarbeiten linker Positionen zu aktuellen hochschulpolitischen Geschehnissen.

Als Jugendverband liegt daher unser Fokus neben der schulischen auch auf der hochschulischen Ausbildung junger Menschen. Die Problematiken dabei sind zahlreich: Steigende Mietkosten und fehlender Wohnraum für Studierende vor allem in Leipzig und Dresden, Studiengebühren für Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland, Verschlechterungen im Betreuungsverhältnis, fehlende Semestertickets usw. Das Studium ist seit Bologna dadurch gekennzeichnet, dass es kein Mehr an Freiräumen gibt, sondern weniger. Das Studium ist schon lange keine "Zeit des Ausprobierens" mehr, es wird vielmehr verschult und sorgt dafür, dass junge Menschen so früh wie möglich dem Konkurrenzdruck und der Verwertbarkeit ihrer selbst ausgesetzt sind.

Neben den Studierenden gerät der Fokus auch vielmehr auf diejenigen, die sich für den Weg der Wissenschaft entschieden haben: Der akademische Mittelbau. Die Problematiken sind auch hier so vielseitig wie auch unterschiedlich und werden nur begrenzt durch die Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes und durch die Unterzeichnung eines Rahmenkodex für gute Arbeit behoben. Vielfach sehen sich junge Nachwuchswissenschaftler*innen damit konfrontiert, von befristetem Arbeitsvertrag zu befristetem Arbeitsvertrag zu springen. Perspektivische Planungen für die Zukunft werden damit erheblich eingeschränkt, ja sogar verunmöglicht. Nimmt man zudem die durch das Grundgesetz gesicherte Wissenschaftsfreiheit hinzu, wird schnell ersichtlich, dass Forschungsvorhaben und Promotionen in dem aktuellen System dem Duktus der Professor*innen unterliegen. Promotionsthemen werden abgeschmettert, weil sie nicht dem Zeitgeist der Nützlichkeit entsprechen.

Wir brauchen dringend Antworten für die Zukunft der Wissenschaft. Hochschulpolitik muss wieder ins Auge genommen werden, um auch in Zeiten der "Fake News" das Ansehen der Wissenschaft in der Gesellschaft wieder zu verbessern.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____